

Südschleswigscher Wählerverband (SSW)

Auszug aus dem Landtags- wahlprogramm 2022 des SSW

Damit das Leben im Norden bezahlbar bleibt.

(...)

2.1 Unsere Minderheitenpolitik: Kulturelle Vielfalt als Recht der Minderheiten und Bereicherung der Mehrheit

Das wollen wir erreichen:

Unsere Minderheiten- und Regionalsprachen weiter stärken [...]

- Wir wollen, dass Minderheitensprachen in Zukunft auch vor Gericht genutzt werden können, ohne dass Kosten oder andere Nachteile für die Verfahrens-beteiligten entstehen. (S.6)
- Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die EU-Mitgliedsstaaten verbindliche Rahmen-bedingungen zum Schutz der Sinti und Roma eingehen. Außerdem muss die Bekämpfung von Antiziganismus fester Bestandteil sämtlicher EU-Handlungsstrategien werden.
- Wir wollen, dass auf Bundesebene das Amt einer:ines Beauftragten gegen Antiziganismus eingerichtet wird und die Zuständigkeit unserer:unseres Landesminderheitenbeauftragten entsprechend erweitert wird. (S.6)

Minderheiten effektiv fördern

- Wir wollen eine Bundesratsinitiative einbringen mit dem Ziel, ein Verbandsklagerecht für nationale Minderheiten und Volksgruppen auf Bundesebene einzuführen. Dadurch können nationale Minderheiten oder Volksgruppen vor Gericht im Namen der Allgemeinheit klagen, ohne in den eigenen Rechten verletzt worden zu sein, um kollektive öffentliche Rechtsgüter zu schützen. (S.7)

Europäische Minderheitenpolitik stärken:

Schleswig-Holstein als Minderheiten-Kompetenzzentrum



- Wir wollen, dass Schleswig-Holstein bei der Umsetzung des Rahmenabkommens zum Schutz nationaler Minderheiten und der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen die Forderungen der Minderheiten verwirklicht.
- Wir wollen uns in Berlin für die Aufnahme des Schutzes und der Förderung der Minderheiten ins Grundgesetz einsetzen.
- Wir wollen, dass die EU eine:n Minderheitenkommissar:in einsetzt und fordern eine EU-Minderheitenpolitik, die Anerkennung, Schutz und Förderung aller Minderheiten und Volksgruppen langfristig sichert. (S.8)

2.3 Unser Grenzland und unsere Metropolregion: Barrieren abbauen, deutsch-dänisches Zusammenleben weiterentwickeln, Nordstaat verhindern

Das wollen wir erreichen:

Barrieren abbauen, Zusammenleben weiterentwickeln: Schleswig-Holstein und unser deutsch-dänisches Grenzland

- Wir wollen eine Normalisierung des Lebens für die Bewohner:innen des Grenzlandes. Dazu gehört so zeitnah wie möglich die Abschaffung der Grenzkontrollen. Die Grenzschießungen und -kontrollen im Zuge der Coronapandemie haben – wenngleich angesichts des Infektionsgeschehens nachvollziehbar – Barrieren aufgebaut, die wir längst für überwunden hielten. Solange angesichts der Pandemie-lage noch Grenzkontrollmaßnahmen gelten, müssen diese transparent kommuniziert und gegenseitig abgestimmt werden. Es braucht ein einheitliches Vorgehen auf beiden Seiten der Grenze, um insbesondere auf die Grenzpendler:innen (Arbeitnehmer:innen, Schüler:innen, Studierende und Familien) Rücksicht zu nehmen.
- Wir wollen unseren grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt optimieren.
- Wir wollen die grenzüberschreitende Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen. (S.18)

2.8 Unsere Europapolitik: Schleswig-Holstein als Teil des europäischen Nordens

„Wir müssen wieder stärker ins Bewusstsein rücken, was die Europäische Gemeinschaft bis heute geschaffen hat und

was wir bei leichtfertiger Herabwürdigung dieser Errungenschaften wieder verlieren könnten. Ohne Freizügigkeit für Arbeitnehmer:innen und Waren oder für Reisen wäre unser Land heute wesentlich ärmer dran. Ohne offene Binnengrenzen in Europa würde Schleswig-Holstein schnell seine Rolle als „Drehscheibe des Nordens“ verlieren. Dies wurde uns durch die temporären Grenzschießungen und -kontrollen im Zuge der Pandemiebekämpfung nur allzu plötzlich und schmerzlich vor Augen geführt.“ (S. 47)

Das wollen wir erreichen:

Unsere EU-Minderheitenpolitik: Erfahrungen und Expertise für Europa nutzen, Schleswig-Holstein als Minderheiten-Kompetenzzentrum sichtbarer machen

- Wir wollen, dass die besondere Minderheitenpolitik des deutsch-dänischen Grenzlandes, auf die wir zu Recht stolz sind, noch gezielter für die Profilierung einer progressiven Minderheitenpolitik in Europa genutzt wird.
- Wir wollen uns für eine EU-Minderheitenpolitik stark machen, die Anerkennung, Schutz und Förderung aller Minderheiten und Volksgruppen langfristig sichert. Die Zuständigkeit für Minderheiten muss auf den Entscheidungsebenen der EU fest verankert werden. (S. 48) [...]

2.9 Unsere Gleichstellungspolitik

LSBTIQ* gleichstellen

- Es ist noch ein weiter Weg bis zu einer echten Gleichstellung aller Menschen in unserer Gesellschaft. Lesbische, schwule, bisexuelle, intersexuelle und Trans*Personen werden weiterhin diskriminiert und rechtlich benachteiligt.
- Wir wollen, dass heterosexuelle und homosexuelle Paare in Fragen der Elternschaft gleichgestellt werden.
- Wir wollen ein Bund-Länder-Programm gegen LSBTIQ*-feindliche Gewalt. Dieses soll Präventionsmaßnahmen sowie Konzepte für die Fort- und Weiterbildung von Polizei und Justiz und die Unterstützung von Opferhilfeeinrichtungen beinhalten.
- Wir wollen, dass geschlechtliche und sexuelle Vielfalt in allen Lebensbereichen sichtbar wird, um deren Akzeptanz zu fördern.
- Wir wollen Artikel 3 des Grundgesetzes um das Merkmal „sexuelle Identität“ ergänzen und dies über eine Bundesratsinitiative einfordern.
- Wir wollen die geltenden Richtlinien für gesetzlich krankenversicherte Trans*Personen im Sinne einer bedürfnisorientierten Gesundheitsversorgung überarbeiten. Dazu gehört die Kostenübernahme geschlechtsangleichender Operationen, angemessene medikamentöse Versorgung und das Recht auf Beratung für transidente Menschen.

2.10 Unsere Innen- und Rechtspolitik: Die Rechte der Menschen in den Mittelpunkt stellen

Landespolizei stärken und weiterentwickeln

- Wir wollen, dass auch die künftige Landesregierung sich dafür einsetzt, die Landespolizei perspektivisch zu gleichen Teilen mit Frauen und Männern zu besetzen, und verstärkt auch Menschen mit Migrationshintergrund eingestellt werden. (S. 57) [...]

Demokratische Teilhabe in unserer sozialen Gemeinschaft stärken

„Wir bekennen uns ausdrücklich zur repräsentativen Demokratie. Diese funktioniert jedoch nur, wenn weite Teile unserer Gesellschaft die Chance zur demokratischen Teilhabe bekommen. Viele gesellschaftliche Organisationen leisten mit ihrer Aufklärungsarbeit und der Unterstützung von Opfern rechtsradikaler Angriffe einen wichtigen Beitrag für unsere Demokratie. Wir sind der Meinung, dass die Politik diese Arbeit nicht als selbstverständlich ansehen darf und sie vielmehr aktiv unterstützen muss.“ (S. 58)

- Wir wollen ein Wahlrecht für Drittstaatenangehörige und Staatenlose bei Kommunalwahlen. Alle Menschen, die dauerhaft ihren Lebensmittelpunkt in Schleswig-Holstein haben, sollen ein aktives und passives kommunales Wahlrecht erhalten.
- Wir wollen, dass in den Kommunen Integrationsbeiräte eingerichtet werden, um die Integration von ausländischen Mitbürger:innen zu erleichtern. [...]

Stärkere Auseinandersetzung mit rassistischem Denken und Handeln vorantreiben

„Wir müssen uns, auch aus einer historischen Verantwortung heraus, gesellschaftlich weiter damit auseinandersetzen, wie wir rassistischem Denken und Handeln entgegenwirken können. Dabei wissen wir, dass Rassismus kein Phänomen des rechten Randes ist, sondern auch dort wirkt, wo wir gerne von der „Mitte der Gesellschaft“ sprechen. Wir brauchen ein aktiv antirassistisches politisches Handeln.

Dies beinhaltet auch eine bessere Präventionsarbeit. Die Entwicklung von Lehrmaterial zur Förderung von Toleranz und Menschenrechten ist ein wichtiger Baustein, wir müssen aber auch Menschen außerhalb der Bildungssysteme ansprechen.“ (S. 61 f.)

- Wir wollen, dass kein Mensch wegen der Hautfarbe, vermeintlichen Herkunft, vermuteten Religion oder anderer Zuschreibungen diskriminiert wird. Das betrifft sowohl Situationen des Alltagsrassismus als auch indirekte institutionelle Diskriminierung.
- Wir wollen, dass die Aktionspläne gegen Rassismus auf EU-, Bundes- und Landesebene unterstützt werden. Neben mehr Forschung zum Thema Rassismus fordern wir außerdem den Ausbau zivilgesellschaftlicher Beratungsstellen und die

Stärkung von Selbstorganisationen von Menschen, die selbst von Rassismus betroffen sind.

- Wir wollen, dass der Umgang mit dem kolonialen Erbe Schleswig-Holsteins in den Fokus gerückt wird. Dabei soll transparent und ohne Vorfestlegung über die Namensgebung von Straßen, Orten und Plätzen vor Ort debattiert werden. Entscheidend ist der offene Diskurs über unsere koloniale Vergangenheit. (S. 62)

2.11 Unsere Integrationspolitik: Die Menschen müssen im Mittelpunkt stehen

„Deutschland hat seit 2015 viele Flüchtlinge aufgenommen und sie oft auch als Schutzbedürftige anerkannt. Das war der richtige Weg. Gleichzeitig wurde aber an vielen Stellen das Aufenthaltsgesetz verschärft und die Hürden für eine Anerkennung erhöht.“

Viele Geschehnisse in der Flucht- und Integrationspolitik haben zuletzt den Eindruck vermittelt, wir würden uns von einem Ausnahmezustand in den Nächsten steigern. Wir hören von vollkommen überfüllten Lagern, in denen es zu wenig Nahrung und Trinken gibt, Menschen keine Medikamente bekommen und in unmöglichen hygienischen Zuständen leben. Immer wieder erfahren wir von illegalen Pushbacks, Häfen, die für Rettungsschiffe schließen, oder Seenotrettungsorganisationen, die Repressalien ausgesetzt sind. Dabei schieben verschiedene politische Ebenen Verantwortung von sich weg oder einander zu, während Menschen an den Außengrenzen der EU das Recht auf ein faires Asylverfahren verwehrt wird.

Wir empfinden es als Selbstverständlichkeit und moralische Pflicht, verfolgten, entwurzelten und geflohenen Menschen zu helfen. Wir wollen diese Menschen nicht einfach nur dulden. Unser Anspruch ist es, Menschen in Not Leben, Arbeit und demokratische Teilhabe zu ermöglichen.

Wir stehen für eine Asyl-, Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik, in der unser Land seine Verantwortung für die Menschen übernimmt, die aufgrund von Krieg, Klima- und Naturkatastrophen oder Hungersnöten ihre Heimat verlassen mussten oder die wegen ihres Geschlechts, ihrer Abstammung, ihrer Sprache, ihrer Herkunft, ihres Glaubens, ihrer religiösen oder politischen Anschauungen, einer Behinderung, ihres Alters oder ihrer sexuellen Identität verfolgt oder benachteiligt werden.“ (S. 63)

Das wollen wir erreichen:

Integration fördern

Wir stehen für eine Weiterentwicklung einer humanen Willkommenskultur für Geflüchtete, damit sie gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

- Wir wollen ein offizielles Landesintegrationsministerium zur Bündelung der Kompetenzen und Ressourcen, die sich mit dieser Aufgabe befassen.
- Wir wollen das Integrations- und Teilhabegesetz novellieren, damit es seinem Namen auch gerecht wird und Integrationsstrukturen stärkt.

- Wir wollen, dass die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen vorangetrieben wird.
- Wir wollen eine möglichst unbürokratische Arbeitsvermittlung. Vor allem in den Mangelbereichen in der Pflege, im Gesundheits- und im Bildungswesen muss es deutlich leichter werden, eine Arbeit aufzunehmen.
- Wir wollen einen kostenfreien Zugang zu Bildungsangeboten für alle Altersgruppen sicherstellen.
- Wir wollen den bedarfsgerechten Ausbau und die kontinuierliche Förderung von kostenlosem Unterricht von Deutsch als Zweitsprache (DaZ) und der entsprechenden DaZ-Strukturen. (S. 63)
- Wir wollen, dass vor Ort feste kommunale Integrationsbeiräte eingerichtet werden. Um die Integration von Migrant:innen zu verbessern, muss auch die Möglichkeit der politischen Mitgestaltung gegeben sein. (S.64)

Geflüchtete unterstützen

„Wir lehnen Verschärfungen des Asylrechts ab und wollen ein humanitäres Bleiberecht mit gesetzlichen Regelungen und realistischen Anforderungen für eingewanderte und geflüchtete Menschen. Stichtagsunabhängigkeit, Ansprüche an die Lebensunterhaltssicherung, Ausübung einer Erwerbstätigkeit, verlässliche Perspektiven für die Kinder und eine rechtmäßige Aufenthaltserlaubnis gehören dazu.“

Die Abschiebehaft bleibt für uns ein Instrument, das wir mit aller Inbrunst ablehnen. Ein vergebliches Asylgesuch darf nicht zum Freiheitsentzug führen, denn Menschen, die nichts verbrochen haben, gehören nicht in Haft. Wir unterstützen Abschiebestopps für Flüchtlinge in den Wintermonaten, damit abgelehnte Asylbewerber:innen nicht bei der Rückkehr in ihre Herkunftsländer Kälte und Schnee ausgesetzt sind.“ (S. 64)

- Wir wollen eine Änderung des Landesaufnahmegesetzes, die es Kommunen ermöglicht, über die verbindliche Quote hinausgehend Geflüchtete aufzunehmen, wenn sie dies wünschen. Außerdem wollen wir weitere Möglichkeiten für besondere Landesaufnahmeprogramme nutzen, insbesondere für vulnerable Gruppen.
- Wir wollen, dass ein Rechtsanspruch auf niedrigschwellige Hilfen besteht. Migrationssozialberatung, Hilfe durch Traumapädagog:innen sowie psychologische Hilfen für Erwachsene, Kinder und Jugendliche müssen für alle erreichbar sein und brauchen eine dauerhafte Perspektive durch eine verlässliche institutionelle Förderung des Landes. Junge Menschen, die Jugendhilfemaßnahmen bekommen, müssen auch über das Alter von 18 hinaus an diesen Angeboten teilnehmen können.
- Wir wollen die Anzahl der Deutschkurse für Geflüchtete erhöhen. Zur gelungenen Integration der Geflüchtete gehört ein schneller Erwerb der deutschen Sprache.
- Wir wollen den freien Zugang zu umfassenden Gesundheitsleistungen herstellen. Die Gesundheitskarte soll in diesem Fall als Türöffner dienen.
- Wir wollen, dass der Bund die Flüchtlingsarbeit von Land und Kommunen angemessen finanziert.

Wir wollen einen Runden Tisch Interkultur einrichten, bei dem mehrmals im Jahr migrantische Kulturvereine und ausgewählte Kultureinrichtungen zusammenkommen, um sich gemeinsame Initiativen zu überlegen.

Interkulturellen und interreligiösen Austausch fördern

- Wir wollen eine Kulturinitiative für den kulturellen Austausch mit unseren zugewanderten Mitbürger:innen starten.
- Wir wollen den interreligiösen Dialog fördern und die Religionsgemeinschaften des Landes darin bestärken, gemeinsame Projekte umzusetzen. Die Bedürfnisse der Religionsgemeinschaften müssen hier im Mittelpunkt stehen.
- Wir wollen einen respektvollen Austausch über die Grenzen einzelner Religionsgemeinschaften hinweg unterstützen. (S. 64)

Das SSW-Landtagswahlprogramm 2022 im Internet:
<https://bit.ly/3jxBJRd>

Hinweise zum Datenschutz nach Art. 13 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) für Bestellungen und Abonnements beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V.

Wir verarbeiten die von Ihnen zur Verfügung gestellten, Sie betreffenden personenbezogenen Daten grundsätzlich nur zum Zweck der Anbahnung, Durchführung und Beendigung des Vertragsverhältnisses, hier der Schenkung (Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO).

Eine über diesen Zweck hinausgehende Verarbeitung, insbesondere die Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten an Dritte, erfolgt nur, soweit Sie diesbezüglich ausdrücklich eingewilligt haben und kein rechtzeitiger Widerspruch erfolgt ist oder aber, soweit wir dazu gesetzlich oder durch richterlichen Beschluss verpflichtet werden (Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO).

Empfänger Ihrer Daten sind innerhalb unserer Organisation Beschäftigte, welche nach einem abgestuften Berechtigungskonzept Ihre Daten zu den oben genannten Zwecken erforderlichenfalls verarbeiten müssen. Daneben können gegebenenfalls sogenannte Auftragsverarbeiter

nach Art. 28 DSGVO Ihre Daten im Zuge einer Dienstleisterfunktion erhalten, wie IT-Service-Dienstleister. Alle unsere Dienstleister verarbeiten auftragsweise Daten ausschließlich innerhalb der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraums und werden vertraglich zu angemessenen technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Gewährleistung des Datenschutzes sowie zur Wahrung des Datengeheimnisses verpflichtet. Eine Datenverarbeitung in einem sogenannten Drittstaat findet nicht statt.

Ihre Daten werden nur solange gespeichert, wie es für die vorgenannten Zwecke erforderlich ist oder gesetzliche Aufbewahrungsfristen uns zur Speicherung verpflichten. Mit Durchführung des Vertrages werden Ihre Daten für eine weitere Verarbeitung und Nutzung gesperrt, bis wir diese nach einem in unserem Löschkonzept vorgesehenen Zyklus löschen oder eine gesetzliche Aufbewahrungsfrist abläuft.

Das Datenschutzrecht sieht umfangreiche Betroffenenrechte vor, welche wir in jedem Stadium der Datenverarbeitung gewährleisten. Sie haben das Recht auf Auskunft, das Recht auf Berichtigung oder Löschung Ihrer Daten, das Recht auf Einschränkung der Ver-

arbeitung sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit. Ihre Rechte können Sie durch formlose Mitteilung in Textform gegenüber uns geltend machen oder direkt an unseren betrieblichen Datenschutzbeauftragten richten unter datenschutz@frsh.de.

Darüber hinaus haben Sie das Recht, sich mit einer Beschwerde an eine Datenschutzaufsichtsbehörde zu wenden.

Sie sind nicht verpflichtet, Ihre Daten zu den vorbezeichneten Zwecken zur Verfügung zu stellen. Im Falle, dass Sie von einer Zurverfügungstellung absehen, können wir jedoch nicht garantieren, Ihnen unsere Produkte und Dienstleistungen in gewünschter Form anbieten zu können, insbesondere dann nicht, wenn die Datenverarbeitung selbst Grundlage des Vertrags ist.

Zur Begründung und Durchführung des Vertragsverhältnisses nutzen wir grundsätzlich keine automatisierte Entscheidungsfindung. Sollten wir derartige Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber gesondert informieren, sofern dies gesetzlich vorgegeben ist. Ihre personenbezogenen Daten werden nicht für eine Profilbildung (Scoring) verarbeitet.



A photograph showing four children of diverse backgrounds looking out of a bus window. One child in the back is waving. The scene is captured from an interior perspective, looking out through the glass.

Ankommen.

Bleiben.

Geflüchtet aus der Ukraine, Syrien, Jemen, Süd-Sudan ...

*„Traurig, diejenigen zurückzulassen, die sie kannten, seit sie auf der Welt waren ...
und zugleich froh, unter den ersten zu sein, die in Bussen aus der Belagerung gebracht werden.“*

(Hani Al Sawah in „Von Herzen, aus Idlib“)

www.frsh.de/ausstellung

Durch Ihre Spenden und Förderbeiträge unterstützt der FÖRDERverein Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V. nach einer entbehrensreichen Flucht hier Angekommene dabei, dass sie bleiben können. Mit Orientierung und Unterstützung im Labyrinth der Paragraphen, mit ersten Schritten am neuen Ort und in die neue Sprache und mit Beistand gegen die Angst vor der Erinnerung.

Der FÖRDERverein ist gemeinnützig und engagiert sich seit über 20 Jahren rein ehrenamtlich.

Fördermitglieder und Spender*innen helfen dabei, dass die, die ankommen, bleiben können und ein neues gutes Leben finden.

Foerderverein@frsh.de, www.foerderverein-frsh.de

Spendenkonto

IBAN DE52 5206 0410 0006 4289 08, BIC GENODEF1EIK1, Evangelische Bank



FÖRDERverein
Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein

FÖRDERverein Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V. • Sophienblatt 82 • 24114 Kiel • T. 0431 735 000